
Hongkong und Macau

*(40)

Neue sino-britische Gespräche über Hongkong

Im Berichtsmonat kamen London und Beijing wieder am Verhandlungstisch zusammen, um den neuen Streit über Hongkong zu lösen. Wie berichtet (C.a., Oktober 1992, Ü 36), handelt es sich bei dem Streit um die politischen Reformpläne von Hongkongs Gouverneur Chris Patten zur Beschleunigung der Demokratisierung in der Kronkolonie vor deren Rückgabe an China 1997. Patten hatte in seinem ersten Regierungsbericht am 7. Oktober des vergangenen Jahres u.a. eine Novellierung des Wahlgesetzes angekündigt, womit die Anzahl der direkt gewählten Mitglieder des Legislativrats bei den kommenden Wahlen 1995, den letzten Parlamentswahlen vor der Wende 1997, auf Umwegen praktisch erheblich mehr erweitert werden kann als das, was ursprünglich zwischen London und Beijing vereinbart worden war bzw. was das chinesische Grundgesetz für Hongkong ab 1997 vorsieht. Beijing verlangte von Patten, die Reformpläne zurückzuziehen, um eine reibungslose Übergabe Hongkongs garantieren zu können. Dies lehnte der Gouverneur strikt ab und forderte die chinesische Regierung auf, einen Gegenvorschlag zur Diskussion zu unterbreiten. Sowohl bei seinem Besuch in Beijing vom 20.-23. Oktober 1992 in Beijing als auch auf der 25. Sitzung der Sino-britischen Liaisongruppe (JLG) vom 8.-10. Dezember 1992 konnten beide Seiten keinen Kompromiß finden.

In langwierigen Wortgefechten drohte Patten, im Fall einer fortdauernden Weigerung Beijings zu Verhandlungen, die Reformen in Hongkong einseitig durchzuführen. Darauf konterte die chinesische Seite, sie werde Pattens Reformen nicht anerkennen und "einen anderen Herd" (eigenes Modell) errichten.

Anfang März d.J. signalisierte dann Beijing seine Bereitschaft, wieder an den Verhandlungstisch zurückzukeh-

ren, lehnte jedoch kategorisch ab, Vertreter der Hongkonger Regierung als volle Mitglieder der britischen Delegation zu akzeptieren, da es im Hinblick auf die Souveränitätsfrage das "Dreifußhocker"-Verhandlungsmodell nicht dulden werde.

Um die Chinesen unter Druck zu setzen, veröffentlichte Patten am 12. März seinen Gesetzentwurf in der Hongkonger Amtsgazette, d.h. eine Vorstufe vor Einreichung ins Parlament. Beijing empfand dies als Provokation und verstärkte wieder seine scharfen Attacken gegen Patten. Am 31. März beschloß der chinesische Nationale Volkskongreß, jetzt schon eine Arbeitsgruppe für die Planung eines Vorbereitungscommittees zur Übernahme von Hongkong zu gründen.

Mitte April einigten sich überraschenderweise beide Seiten darauf, wieder an den Verhandlungstisch zurückzukehren, an dem Hongkongs Vertreter allerdings nur als Berater des britischen Chefunterhändlers Sir Robin McLaren, Botschafter in China, teilnehmen dürfen. Die chinesische Delegation wird vom stellvertretenden Außenminister Jiang Enzhu geleitet. Nach zwei Verhandlungsrunden in Beijing am 22.-24. und 28.-29. April war jedoch immer noch keine Annäherung erzielt worden. Die dritte Runde soll vom 21.-23. Mai stattfinden. (FT, 30.4.93)

In einem Fernsehinterview vom 30. März in Hongkong dementierte Patten die Meldung, daß er infolge der Auseinandersetzungen mit Beijing beabsichtige, zurückzutreten. Er bleibe in Hongkong bis 1997, bekräftigte er. (SWB, 2.4.93) -ni-

*(41)

Grundgesetz für Macau ab 1999 vom chinesischen Nationalen Volkskongreß verabschiedet

Der chinesische Nationale Volkskongreß hat am 31. März das Grundgesetz für Macau als eine Sonderverwaltungszone (SVZ) der VR China ab 1999 verabschiedet. Entsprechend der Sino-portugiesischen Vereinbarung von 1987 wird Macau am 20. Dezember 1999 an China zurückgegeben. Wie im Fall der britischen Kolonie Hongkong,

die am 1. Juli 1997 an China zurückkehrt, verpflichtet sich die chinesische Regierung, nach der Rücknahme von Macau 50 Jahre lang das bestehende kapitalistische System und die Lebensweise dort nicht zu verändern. Ferner soll Macau ebenfalls wie Hongkong weiterhin als Freihafen und unabhängige Zollregion mit freiem Kapitalfluß, eigenem Finanzwesen sowie eigener konvertierbarer Währung bestehen bleiben. Es braucht keine Steuereinnahmen an die chinesische Zentralregierung abzuführen. Unter der Bezeichnung "Macau, China" darf es wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen zu anderen Ländern und internationalen Organisationen unterhalten und entsprechend Verträge abschließen. (Ausführlich dazu siehe Nieh, Yu-Hsi, "Die Zukunft Macaus", C.a., April 1987, S.320 ff.) All diese Prinzipien wurden auch im Grundgesetz aufgenommen (Art.5, 104, 107-118).

Das Grundgesetz für Macau, das im großen und ganzen ähnlich wie das für Hongkong ist, hat insgesamt 145 Artikel und drei Anhänge über die Verfahren zur Wahl des Regierungschefs und zur Zusammensetzung des Legislativrats der SVZ sowie über die einzelnen nationalen Gesetze Chinas, die auch in der SVZ zur Anwendung kommen. Für die Bildung der ersten Regierung der SVZ machte der Nationale Volkskongreß einen Sonderbeschluß; danach wird der erste Regierungschef von einem Wahlgremium aus 200 Vertretern der Wirtschaft, Berufsverbände, Religion und Politik als Kandidat gewählt und von der chinesischen Zentralregierung ernannt. Der erste Legislativrat der SVZ besteht nach demselben Beschluß aus 23 Mitgliedern, davon 8 direkt, 8 indirekt gewählt und 7 vom Regierungschef der SVZ ernannt. (Zum Text des Grundgesetzes und andere hier bezügliche Beschlüsse des Nationalen Volkskongresses der VR China siehe XHN, 3.4.93). -ni-